



Vincent Troger

Dozent an der
Lehrerbildungsanstalt
(Institut Universitaire
de Formation des
Maîtres) in Versailles,
Forschungsauftrag am
Forschungszentrum
für Arbeitssoziologie
„Pierre Naville“ der
Universität Evry.



In Frankreich wird die berufliche Erstausbildung heute überwiegend im Rahmen des Schulsystems, in den Berufsoberschulen oder den technologischen Zügen der Oberschulen vermittelt. Diese Besonderheit ist das Ergebnis bestimmter historischer Umstände, die Ende des 19. Jahrhunderts aus der Schulpolitik der 3. Republik und des gleichzeitig entstehenden Ausbildungsbedarfs der Maschinenbau- und Elektroindustrie resultierten. Seit den sechziger Jahren ist das damals geschaffene Ausbildungssystem einem Deklassierungsprozess unterworfen, denn es wurde immer häufiger zum Auffangbecken für Schüler, die in der allgemein bildenden Sekundarschule gescheitert waren. Die Arbeitgeber wiederum, die angesichts eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften ursprünglich die staatlichen Bemühungen unterstützt hatten, versuchten nun vor dem Hintergrund eines Überangebots an Arbeitskräften und im Bemühen um mehr Flexibilität die Kontrolle über die berufliche Ausbildung zurückzuerlangen. Die Zukunft dieser Ausbildungsgänge ist daher ungewiss, und es entwickeln sich nach und nach neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und den Einrichtungen des technisch-fachlichen Schulwesens.

(¹) Nach dem Werk „Les trente glorieuses ou la révolution invisible“ (1979) des Soziologen und Wirtschaftswissenschaftlers Jean Fourastié. Mit „Trente glorieuses“ bezeichnete Fourastié die Nachkriegsperiode von 1945-1975 in Frankreich, die von raschem und kontinuierlichem Wirtschaftswachstum gekennzeichnet war (Anm. d. Ü.).

Die Integration der beruflichen Bildung Jugendlicher in das französische Schulsystem: der Staat im Dienste der Unternehmen

Das Berufsbildungssystem für Jugendliche in Frankreich besteht heute zum großen Teil aus Ausbildungsgängen, die in staatlichen Schulen angeboten werden. Fast die Hälfte aller französischen Jugendlichen treten nach dem collège (Sekundarbereich I, Anm. d. Ü.), also nach Absolvierung der Schulpflicht, in eine Berufsoberschule (lycée professionnel) oder die technologischen Züge der Oberschulen über: Eine Million Jugendliche besuchen die eben genannten Einrichtungen oder Züge, eine weitere Million die allgemein bildenden Züge der Oberschulen. Der Anteil der gleichaltrigen Jugendlichen, die eine betriebliche Lehre absolvieren, nimmt sich dagegen mit rund 300 000 gering aus. Diese Vorrangstellung der schulischen Berufsbildung ist eine der Eigentümlichkeiten der französischen Gesellschaft. Sie verweist ganz direkt auf die entscheidende Rolle, die das Schulsystem für die Herausbildung der nationalen Identität insbesondere seit Gründung der 3. Republik spielte und immer noch spielt. Gleichwohl zeigt die gegenwärtig objektiv untergeordnete Stellung, die das technologisch-fachliche und berufsbildende Schulwesen innerhalb des Sekundarbereichs einnimmt, dass ihre Integration in das Schulsystem nicht durch die gleichen gesellschaftlichen Mechanismen bedingt wurde, die der Primarschule und der allgemein bildenden Sekundarschule ihre so zentrale Bedeutung verliehen haben.

Dieser Beitrag will daher die besonderen Mechanismen aufzeigen, die vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts dazu geführt ha-

ben, dass ein so wichtiger Teil der beruflichen Erstausbildungswege in das Schulsystem integriert wurde. Der erste Teil des Beitrags erläutert, wie sich auf der Grundlage der Beziehungen, die Ende des 19. Jahrhunderts zwischen dem Staat und einem Teil der Arbeitgeberschaft geknüpft wurden, das technologisch-fachliche und später das berufsbildende Schulwesen entwickelt hat, welches bis Ende der fünfziger Jahre einen sozialen Aufstiegsweg für Kinder aus der einfachen Bevölkerung bot. Der zweite Teil untersucht, welche Auswirkungen die großen Reformen des Bildungssystems und der wirtschaftliche Wandel seit den sechziger Jahren auf die Stellung des technologisch-fachlichen und berufsbildenden Schulwesens innerhalb des Bildungssystems hatten.

Von der Französischen Revolution zu den „Trente glorieuses“ (1): die allmähliche Entwicklung eines staatlichen technisch-fachlichen und berufsbildenden Schulwesens

Man kann davon ausgehen, dass die Geschichte der gegenwärtigen Struktur der beruflichen Bildung für Jugendliche in Frankreich mit der Abschaffung der Zünfte im Jahre 1791 beginnt (Charlot, Figeat, 1985). Die Auflösung des traditionellen Organisationsrahmens der Lehre bewirkte das, was man das gesamte 19. Jahrhundert hindurch und bis zum Ersten Weltkrieg als „Krise der Lehre“ bezeichnete. Hinter diesem Schlagwort verbargen sich aber letztlich drei verschiedene Phänomene:



□ Dies war zum Ersten der Niedergang der traditionellen Lehre in den Handwerksberufen, die mit dem Niedergang dieser Berufe einherging - eine Thematik, die auch heute noch aktuell ist: Diejenigen Berufe, in denen die traditionelle Struktur der Lehre erhalten geblieben ist wie Nahrungsmittelproduktion, Hotel- und Gaststättengewerbe und teilweise das Baugewerbe beklagen nach wie vor einen Lehrlingsmangel.

□ Zweitens bezeichnete der Begriff „Krise der Lehre“ die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Jugendlichen und manchmal auch Kindern, die in den arbeitsintensiven Industrien, vor allem der Textilindustrie und dem Bergbau, ausgebeutet wurden.

□ Schließlich verwies das Schlagwort von der „Krise der Lehre“ noch auf ein ständig wiederkehrendes Arbeitsmarktproblem: den Mangel an Facharbeitern in den modernsten Industrien, das heißt, überwiegend in der Maschinenbau- und ab Ende des 19. Jahrhunderts in der Elektroindustrie.

Diese beiden letzten Aspekte, die Ausbeutung von Kindern und der Mangel an Facharbeitern in den modernen Industrien, standen bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten während des gesamten 19. Jahrhunderts im Brennpunkt des Interesses.

Sie gingen die Problematik auf zweierlei Weise an: zum einen durch die Förderung des Primarunterrichts, um die Kinder zu bilden und zu schützen, und zum anderen durch die Einrichtung von technischen Fachschulen oder Abendkursen. Bis Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts unterschied sich Frankreich in diesem Bereich kaum von den anderen großen Industrienationen. Ein Großteil der von privater Seite oder von philanthropischen Vereinigungen veranstalteten Abendkurse sowie die Betriebsschulen (wie die der Fabriken von Schneider oder De Wendel), städtischen Schulen (u.a. Paris, Le Havre, Lyon, Nantes) oder von Berufsverbänden finanzierten Schulen (Besançon) boten technische Fachausbildungsgänge von unterschiedlichstem Niveau an – ebenso wie in den meisten anderen Industrieländern jener Zeit. Anlässlich der Weltausstellungen insbesondere gegen Ende des 19. Jahrhunderts fanden internationale Tagungen über die technische Fachschulbildung statt, anhand derer die vergleichsweise ähnliche Ausrichtung der diesbezüg-

lichen Initiativen in Deutschland, Großbritannien, Belgien, Russland und sogar Südamerika erkennbar wird. Eine der Gemeinsamkeiten all dieser Initiativen war die geringe staatliche Beteiligung und die entscheidende Bedeutung privater oder kommunaler Bemühungen.

Zwei Ereignisse sollten den Status der beruflichen Bildung für Jugendliche in Frankreich ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts jedoch dauerhaft verändern.

Das erste Ereignis war die Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Republikaner im Jahre 1879. In dem Bestreben, das anfänglich noch instabile System zu festigen, nutzten sie die Schulpflicht, um die jungen Franzosen im Geiste der Werte der Dritten Republik zu erziehen und den Einfluss der katholischen Kirche auf die Grundschule zurückzudrängen. Dabei ergab sich für die Republikaner jedoch ein Problem: die Kontrolle über die Jugendlichen aus der einfachen Bevölkerung, und hier insbesondere über die Jungen ab dem Alter von dreizehn Jahren (ab dem Ende der Schulpflicht) bis zum Alter von achtzehn Jahren (wenn sie zum Militärdienst eingezogen wurden) sowie über die Mädchen bis zu ihrer Verheiratung. Das Problem der Jugendgewalt, das wahrlich nicht neu ist, bereitete zu Beginn des Jahrhunderts mehreren aufeinander folgenden Regierungen Sorge: Sie fürchteten ein Abgleiten der Jugendlichen in die Kriminalität, aber auch den Einfluss revolutionärer Bewegungen. Die berufliche Erstausbildung erschien daher als eines der Mittel zur Disziplinierung der Jugend aus der einfachen Bevölkerung, wobei gleichzeitig den Bedürfnissen von Industrie und Handel Rechnung getragen werden konnte.

Dem Projekt sollte folglich von einem Teil der Arbeiterschaft höchste Dringlichkeit eingeräumt werden, und zwar von den modernsten Unternehmen vor allem aus der Maschinenbau- und Elektroindustrie sowie von einigen Handelsunternehmen. Diese Branchen waren damals aufgrund der Entwicklung von Benzin- und Elektromotoren und deren Bedeutung für Automobilindustrie, Luft- und Seefahrt sowie die Eisenbahn in voller Expansion begriffen. Sie benötigten Fachkräfte in Bereichen, die neue und seltene Qualifikationen verlangten. Zudem handelte es sich um strategisch wichtige Sektoren, weil sie im Vorfeld des Ersten Weltkrieges die Streitkräfte ausrüsteten.



Ein Teil der republikanischen politischen Eliten und der Arbeitgeberschaft schlossen sich demnach zusammen und bildeten etwas, das englische Historiker, die diese Frage untersuchten, als Lobby ⁽²⁾ bezeichneten; sie wurde offiziell vertreten durch einen 1902 gegründeten Verband, den Französischen Verband für die Entwicklung der technischen Ausbildung (Association Française pour le Développement de l'Enseignement Technique, AFDET) ⁽³⁾. Diese Lobby sollte sich für die Umsetzung einer Berufsbildungspolitik einsetzen, die zwei Ziele verfolgte (Pepel, Troger, 2001). Dabei ging es zum einen um die Entwicklung eines staatlichen technisch-fachlichen Bildungswesens, das den sehr speziellen, aber äußerst wichtigen Bedarf an Ausbildung für hoch qualifizierte Fachkräfte deckte: die Techniker, die in der Unternehmenshierarchie eine Mittlerposition zwischen Geschäftsführung bzw. Forschungsabteilungen und Werkhalle einnahmen und die technischen Entwicklungen in die Praxis umsetzten. Zum anderen bemühte sich die Lobby um die Einführung von Regelungen, die wirtschaftsliberale Grundsätze unangetastet ließen, aber dennoch bindend genug waren, um den Unternehmen Anreize zu gemeinsamen Ausbildungsanstrengungen zu liefern und zu vermeiden, dass diejenigen, die die Kosten der Lehrlingsausbildung auf sich nahmen, gegenüber jenen Nachteile erlitten, die dazu nicht bereit waren.

⁽²⁾ Diese Lobby wurde insbesondere von den beiden englischen Historikern R.Fox und G.Weisz in einem Beitrag mit dem Titel „The organization of science and technology in France, 1908-1914“ ausführlich beschrieben (Cambridge University Press, 1980).

⁽³⁾ Der Verband existiert noch heute, verfügt aber nur noch über sehr geringen Einfluss.

⁽⁴⁾ Benannt nach dem Abgeordneten Placide Astier, der das Gesetz eingebracht hatte. Astier, ein Apotheker, der aus einfachen Verhältnissen stammte, wollte die berufliche Bildung des Volkes fördern.

⁽⁵⁾ Diese Abgabe, die sich prozentual aus der Lohn- und Gehaltssumme jedes Unternehmens errechnet, ist auch heute noch abzuführen und stellt für viele berufliche oder technisch-fachliche Bildungseinrichtungen eine wichtige Finanzierungsquelle dar.

⁽⁶⁾ Siehe im Literaturverzeichnis Pepel und Troger (2002).

⁽⁷⁾ Es gilt hier auch auf den Einfluss des sozialistischen und keynesianischen Gedankenguts auf die führenden Persönlichkeiten jener Zeit zu verweisen sowie auf die Erneuerung des Personals an der Spitze von Politik und Unternehmen, die sich zu Gunsten der Integration der beruflichen Bildung in das Schulwesen auswirkten.

tificat d'Aptitude Professionnelle, CAP) (Brucy, 1998). Im darauf folgenden Jahr schrieb ein Gesetz, das zudem eine Neuorganisation der technischen Fachschulen vorsah (das Loi Astier ⁽⁴⁾), obligatorische theoretische Ausbildungskurse für Lehrlinge fest. Ab 1925 hatten Unternehmen, die keine Lehrlinge ausbildeten, eine Ausbildungsabgabe ⁽⁵⁾ zu entrichten. All diese Maßnahmen orientierten sich direkt am deutschen Vorbild. So pries Edmond Labbé, der Generaldirektor für das technisch-fachliche Bildungswesen, 1926 die Verdienste der deutschen Arbeitgeber, die „mit großem finanziellem Aufwand das Lehrpersonal für ihre beruflichen Bildungsgänge“ ⁽⁶⁾ ausbildeten. Diese Politik konnte die Konkurrenz der Unternehmen auf dem Arbeitsmarkt für Fachkräfte aber nicht wirksam regeln. Einige Unternehmen der Maschinenbau- und Elektroindustrie eröffneten zwar technische Fachschulen - insbesondere in der Luftfahrt- (Bréguet, Gnôme und Rhône) oder der Automobilindustrie (Peugeot, Panhard) -, doch blieben solche Firmen in der Minderzahl.

Vor diesem Hintergrund entstand ein zweiter Typ von berufsbildenden Schulen, die heutigen Berufsoberschulen (lycées professionnels), in denen keine Techniker oder Werkmeister, sondern Arbeiter und Angestellte ausgebildet werden sollten. Während des Zweiten Weltkriegs richtete die Vichy-Regierung Berufsausbildungszentren ein, um die arbeitslosen Jugendlichen aus der einfachen Bevölkerung unter Aufsicht zu halten und sie im Sinne der Ideologie Pétains zu beeinflussen. 1944 wurden diese Zentren von der neuen Regierung übernommen (Pepel, Troger, 2001). Zu dieser Zeit kam es zu einer neuen, noch expliziteren Übereinkunft zwischen dem Staat und einem Teil der Arbeitgeber. Damals herrschte ein gravierender Arbeitskräftemangel, da die in der ersten Hälfte des Jahrhunderts geborenen schwachen Jahrgänge das erwerbsfähige Alter erreichten. Zudem erforderte der notwendige Wiederaufbau des Landes, das durch Bombardierungen große Zerstörungen erlitten hatte, eine Ausbildungsanstrengung, die das Leistungsvermögen der Unternehmen überstieg ⁽⁷⁾. Bezeichnenderweise hatten in den fünfziger Jahren die führenden Persönlichkeiten einer der mächtigsten Arbeitgeberverbände, der Union der Metall- und Bergbauindustrie (Union des Industries Métallurgiques et Minières, UIMM) die Schlüsselpositionen an der Spitze der AFDET inne. Sie unterstützten somit die Entwicklung



eines zwei Ebenen umfassenden staatlichen technisch-fachlichen Schulwesens: die technischen Fachschulen, das spätere technologisch-fachliche Schulwesen, für die Techniker und die Vorbereitung auf die Ingenieursschulen (écoles d'ingénieurs des Arts et Métiers) und das berufsbildende Schulwesen⁽⁸⁾ für Arbeiter und Angestellte. Betrug die Anzahl der Schüler im berufsbildenden Schulwesen 1944 rund 50 000, so stieg sie bis 1960 auf 200 000, während gleichzeitig die Schülerzahlen in den technischen Fachschulen von 90 000 auf 140 000 stiegen.

Ab 1944 existierten in Frankreich also nebeneinander zwei Kategorien von staatlichen technischen Fachschulen, von denen die eine mittlere Führungskräfte für die Unternehmen ausbildete, die andere hingegen Arbeiter und Angestellte.

Bis in die sechziger Jahre hinein erwies sich dieses System als sehr leistungsfähig. Es stellte den Unternehmen Arbeiter, Angestellte und mittlere Führungskräfte zur Verfügung, die nach dem Schulabgang unmittelbar einsetzbar waren. Die Finanzierung und Organisation der entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen blieb den Betrieben damit erspart. Für die Schüler bot dieses System eine rasche Zugangsmöglichkeit zu auf dem Arbeitsmarkt anerkannten Qualifikationen, und dies zu einer Zeit, in der der an die Pflichtschule anschließende Schulbesuch noch wenig verbreitet war: Ein Historiker bezeichnete das damalige berufsbildende Schulwesen als „letzte Rettung für die Arbeiterklasse“⁽⁹⁾. Die Absolventen des technisch-fachlichen und des berufsbildenden Schulwesens hatten auf dem Arbeitsmarkt nur wenig Konkurrenz durch Inhaber anderer Abschlüsse, weshalb diese Bildungsgänge in der einfachen Bevölkerung sehr geschätzt wurden.

Die Entwertung der technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge

1959 leitete General De Gaulle nach seiner Rückkehr an die Macht eine Politik zur Modernisierung Frankreichs ein. Im Bildungsbereich beinhaltete diese Politik Investitionen in das Humankapital und damit eine Erhöhung der Schulbesuchsquote. Eine Reihe von Reformen, die zwischen 1959 und 1975 durchgeführt wurden, dienten zwei Zielen. Zum einen sollte die endgültige Orientierung der Schüler durch eine Verlängerung

der für alle geltenden Pflichtschulzeit hinausgezögert werden. Das „collège unique“ (der einheitliche Sekundarbereich I für alle Schüler, Anm. d. Ü.) und die Verlängerung der Schulpflicht bis zum Alter von 16 Jahren waren die wichtigsten Instrumente zur Verwirklichung dieses Ziels. Zum anderen sollten die naturwissenschaftlichen und technischen Bildungsgänge ausgebaut werden. Das Abitur mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt wurde zum renommiertesten Abschluss des Sekundarbereichs, die Zahl der Ingenieursschulen wurde erhöht und die technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge wurden weiterentwickelt.

Zunächst wirkten sich diese Reformen positiv auf das technisch-fachliche und berufsbildende Schulwesen aus, da es zunehmend an Bedeutung gewann und heute von der Hälfte aller Oberschüler besucht wird. Zwischen 1960 und 1990 vervierfachte sich die Zahl der Schüler im berufsbildenden Schulwesen; im technologisch-fachlichen Schulwesen verdoppelte sie sich. Sehr bald allerdings sollten diese Bildungsgänge das Opfer bestimmter nachteiliger Entwicklungen werden, durch die sie bald zu Bildungswegen „zweiter Klasse“ abstiegen.

Dies war zunächst die demografische Entwicklung. So erreichte die „Baby-Boom“-Generation zu der Zeit das erwerbsfähige Alter, als die geburtenschwachen Jahrgänge aus dem Arbeitsleben ausschieden. Dadurch wurde die berufliche Eingliederung Jugendlicher seit Ende der sechziger Jahre automatisch erschwert, denn ihre Zahl war bei ihrem Eintritt in den Arbeitsmarkt erheblich höher als die Zahl der durch Verrentung frei werdenden Arbeitsplätze. Das verlangsamte Wirtschaftswachstum nach den Ölkrisen von 1973 und 1975 sollte das Problem noch beträchtlich verschärfen: Zur relativ geringen Zahl der Verrentungen kam noch die Arbeitslosigkeit, wodurch sich die berufliche Eingliederung der Jugendlichen äußerst schwierig gestaltete.

Gleichzeitig setzte jedoch auch innerhalb des Schulsystems eine Entwicklung ein, die negative Auswirkungen auf das technisch-fachliche und berufsbildende Schulwesen hatte. So versorgten die wachsende Zahl von Ingenieursschulen und Wirtschaftsakademien sowie der universitären Fachinstitute und Fachhochschulen die Unternehmen und die öffentliche Verwaltung immer häufiger direkt mit den benötigten mittleren und höhe-

⁽⁸⁾ Die Einrichtungen des berufsbildenden Schulwesens wurden damals als „Lehrlingsausbildungszentren“ bezeichnet, obwohl es sich um Vollzeitschulen handelte.

⁽⁹⁾ Gérard Noiriel, „Les ouvriers dans la société française“, Le Point Seuil, 1986



ren Führungskräften. Die Effizienz dieses Systems erwies sich jedoch als nachteilig für die Absolventen des technisch-fachlichen und insbesondere des berufsbildenden Schulwesens, denn sie erschwerte Arbeitern und qualifizierten Angestellten zunehmend den Zugang zu höheren Positionen über den Weg der internen Beförderung⁽¹⁰⁾. Mittlere und gehobene Positionen werden heute immer häufiger mit frisch gebackenen Absolventen von Ingenieursschulen und Wirtschaftsakademien sowie der Universitäten besetzt. In Verbindung mit den demografischen Effekten hat diese Entwicklung dazu geführt, dass die innerbetrieblichen Aufstiegswege in den Unternehmen weitgehend blockiert werden: Hier entsteht in gewisser Weise eine Konkurrenz zwischen einem innerbetrieblichen Arbeitsmarkt (der Beförderung) und einem außerbetrieblichen Arbeitsmarkt (der Einstellung von Absolventen tertiärer Bildungsgänge). Wer sich für das technologisch-fachliche und vor allem das berufsbildende Schulwesen entscheidet, geht das Risiko ein, sein ganzes Leben lang in einer sozial untergeordneten Position gefangen zu bleiben. So hat der Soziologe Stéphane Beaud gezeigt, dass die Betriebspraktika bei Schülern, die ein berufsorientiertes Abitur anstreben, einen unerwarteten Effekt haben: Die Schüler werden sich bei diesem Kontakt mit dem Arbeitsmarkt bewusst, dass ihre Aufstiegsmöglichkeiten sehr beschränkt sein werden, was für sie um so mehr ein Anreiz ist, um jeden Preis ein höheres Ausbildungs-niveau anzustreben⁽¹¹⁾.

Seit Ende der siebziger Jahre sind daher die technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge trotz ihrer zahlenmäßigen Zunahme zu schulischen Bildungswegen „zweiter Klasse“ geworden (Troger, 1996). Die Familien versuchen systematisch, diese Bildungsgänge, die für ihre Kinder meist eine untergeordnete berufliche Stellung bedeuten, zu vermeiden, und lehnen die Orientierungsempfehlungen in dieser Richtung, und hier insbesondere die beruflichen Bildungsgänge, mehrheitlich ab. Die Jugendlichen stürzen sich in einen Wettlauf um Bildungsabschlüsse, der sich offensichtlich selbst nährt: Je mehr Inhaber von Abschlüssen es gibt, desto mehr Interesse hat der Einzelne daran, einen höheren Abschluss anzustreben.

Von daher finden sich im berufsbildenden Schulwesen nur noch Schüler, die ih-

re Pflichtschulzeit im collège mit ungenügenden Leistungen abgeschlossen haben, und die technologisch-fachlichen Bildungsgänge werden von solchen Schülern gewählt, deren Leistungen am Ende des 10. Schuljahres nicht ausreichen, um ihren Bildungsweg in den geistes-, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Zügen des allgemein bildenden Sekundarbereichs fortzusetzen. Diese Entwicklung veranlasste Pierre Bourdieu dazu, diese Gruppe als «die intern Ausgegrenzten»⁽¹²⁾ zu bezeichnen. Seltene Ausnahmen bilden nur solche Ausbildungsgänge, die auf nach wie vor hoch eingeschätzte Berufe wie das Hotel- und Gastgewerbe oder angewandte Kunst im Industriebereich (Industriedesign) vorbereiten. Während all diese Bildungswege in den fünfziger Jahren in der Regel von den guten und durchschnittlichen Schülern aus der einfachen Bevölkerung bewusst gewählt wurden, erfolgt heute die Selektion durch das Scheitern im allgemein bildenden Schulwesen. Im technologisch-fachlichen Schulwesen ist der Deklassierungsprozess nicht ganz so dramatisch. Die zum Höheren Technikerbrief mit schulischer Ausbildung (Brevet de technicien supérieur, BTS) führenden Bildungsgänge bieten immer noch bessere berufliche Eingliederungsmöglichkeiten. Allerdings haben sich auch für die Inhaber solcher Abschlüsse die Aussichten auf einen innerbetrieblichen Aufstieg verschlechtert⁽¹³⁾.

Nun läuft aber diese Entwicklung der Einstellungschancen einer anderen Entwicklung zuwider, nämlich der Entwicklung der auf dem Arbeitsmarkt geforderten Kompetenzen. Dies ist der letzte Punkt, den ich hier ansprechen möchte.

So wird das System zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend durch die Nachfrage nach Qualität bestimmt. Es sind immer weniger die materiellen Zwänge der Produktion, die die Arbeitsorganisation prägen, sondern in wachsendem Maße die Ansprüche der Kunden. In den Unternehmen haben die Anforderungen der Vertriebs- und Marketingabteilungen Vorrang vor denen der Produktion, während es sich vor dreißig Jahren umgekehrt verhielt. Ebenso ist im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen, der in Frankreich gut ausgebaut ist, immer seltener von Nutzern, sondern zunehmend von Kunden die Rede. Diese Entwicklung bedeutet für Arbeiter, Angestellte und mittlere Führungskräfte, dass sie neben ihren fach-

⁽¹⁰⁾ 1971 wurden die Unternehmen gesetzlich zur Finanzierung der Weiterbildung ihrer Mitarbeiter verpflichtet. Untersuchungen ergaben jedoch, dass vor allem Führungskräfte von solchen Weiterbildungsmaßnahmen profitierten.

⁽¹¹⁾ „Le rêve de retrouver la voie 'normale', les bacs pro à l'université“, in Moreau, 2002.

⁽¹²⁾ Bourdieu P. und Champagne P., in „La misère du monde“ (dt. „Das Elend der Welt“)

⁽¹³⁾ Zu diesem Thema siehe auch P. Bouffartigue „La socialisation professionnelle des jeunes BTS-DUT? Entre diplômes et statuts des identités incertaines“, in *Formation-Em-ploi* N° 45 (janvier-mars 1994).



lichen Qualifikationen auch über weitere, neue Kompetenzen verfügen müssen. Sie sollen, vereinfacht ausgedrückt, besser kommunizieren und sich rascher an neue Situationen anpassen können, Grundkenntnisse im Umgang mit Computern besitzen, in der Lage sein, einen Teil der Kundenkontakte abzuwickeln, usw....

Aufgrund dessen musste in den technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgängen eine kleine innere Revolution stattfinden. Sie mussten ihre pädagogischen Konzepte an diese neuen Anforderungen anpassen, während sich gleichzeitig das Leistungsvermögen ihrer Schüler eher verschlechterte. Diese Entwicklung wurde vor allem in zwei Bereichen sichtbar.

Dies war zum einen die Entwicklung der alternierenden Ausbildungsgänge (Aguilhon, 2001). Alle Schüler im berufsbildenden Schulwesen und ein Teil der Schüler im technisch-fachlichen Schulwesen absolvieren während ihrer Ausbildung Betriebspraktika, die Voraussetzung für die Zuerkennung des Abschlusses sind. Das gilt insbesondere für einen 1985 eingeführten Abschluss, das berufsorientierte Abitur. Dadurch hat sich die Kluft zwischen den Ausbildungsgängen des technisch-fachlichen und berufsbildenden Schulwesens und den Lehrlingsausbildungsgängen verringert, denn auch die Lehrlinge erhalten nun neben ihrer Arbeit im Betrieb eine theoretische Ausbildung. Übrigens wird mittlerweile immer ernsthafter erwogen, beide Arten von Ausbildungsgängen in den gleichen Einrichtungen anzubieten, die als „lycées des métiers“ bezeichnet werden könnten.

Zum anderen wurde ein Reflexionsprozess über die Ausbildungsinhalte eingeleitet, der die neuen Anforderungen der Unternehmen berücksichtigte. Gemeinsam mit Arbeitgeber- und Gewerkschaftsvertretern wurden „Arbeitsplatzprofile“ erarbeitet, um alle Kompetenzen zu definieren, die in jedem Beruf von den Unternehmen verlangt werden (Eckert und Veneau, 2001). Diese „Arbeitsplatzprofile“ werden anschließend in „Ausbildungsprofile“ umgesetzt, die als Grundlage für das didaktische Vorgehen der Lehrer dienen. Wegen ihrer übertriebenen Ausführlichkeit, die ihre genaue Anwendung bisweilen unmöglich macht, werden diese Ausbildungsprofile häufig kritisiert. Gleichwohl ermöglichte dieses Verfahren unbestreitbar eine didaktische Erneuerung der

technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge und bietet bis zu einem gewissen Grad ein Mittel, um die Diskrepanz zwischen dem Ausgangsniveau der Schüler und dem Kompetenzniveau, das sie erreichen sollen, zu verringern.

Abschließend dürfte die Hypothese zulässig sein, dass die technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge heute zum „Sicherheitsventil“ des französischen Bildungssystems geworden sind. Sie nehmen die Hälfte der Jugendlichen auf, die im collège unique mehr oder minder gescheitert sind, und die Lehrer in diesen Bildungsgängen legen Einfallsreichtum, Entschlossenheit und Geduld an den Tag, wenn es darum geht, ihren Schülern eine Ausbildung und ergänzende Bildungsinhalte zu vermitteln, die ihnen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt so weit wie möglich erleichtern, und ihnen gleichzeitig den Erwerb eines Abschlusses zu ermöglichen. Damit erweisen sie den Unternehmen einen Dienst, weil diese größtenteils von den Ausbildungskosten entlastet werden.

In den vergangenen Jahren wurde dieses System wegen seiner Kosten kritisiert und auch deswegen, weil es nur relativ langsam auf die neuen Anforderungen des Arbeitsmarktes reagiert. Diese Kritik hat mittlerweile nachgelassen. Zum einen, weil die technisch-fachlichen und beruflichen Bildungsgänge, wie wir gesehen haben, ihre Ausbildungsmethoden weiterentwickelt haben. Zum anderen, weil das Modell der Lehre, das sich in einigen Sektoren in Konkurrenz zu den schulischen Ausbildungswegen in bedeutendem Umfang entwickelt hat, gleichwohl an gewisse Grenzen stößt: Die meisten französischen Unternehmen und Verwaltungen haben anders als in Deutschland keine echte Ausbildungskultur entwickelt. Die Betreuung von Lehrlingen erweist sich daher oft als schwierig wie übrigens auch die von Praktikanten aus dem berufsbildenden Schulwesen. Von daher scheinen wir gegenwärtig auf eine Art Kompromiss zuzusteuern: Die berufliche Erstausbildung wird wohl noch lange Zeit in der Schule vermittelt werden, aber ihre Ausbildungsmethoden nähern sich tendenziell denen der Lehre an, ohne dass jedoch so große Anforderungen an die Unternehmen gestellt würden, wie es bei der traditionellen Lehre der Fall ist.



Bibliographie

Agulchon, C. L'alternance, une notion polymorphe, des enjeux et des pratiques segmentées. *Revue Française de Pédagogie*, Nr. 131, April - Mai - Juni 2000

Agulchon, C. *L'enseignement professionnel, quel avenir pour les jeunes ?* Editions de l'Atelier, 1994

Brucy, G. Histoire des diplômes de l'Enseignement technique et professionnel (1880-1965). *L'Etat, l'Ecole, les Entreprises et la certification des compétences*, Paris

Brucy, G.; Troger, V. Un siècle de formation professionnelle en France: la parenthèse scolaire? *Revue Française de Pédagogie*, Nr. 131, April - Mai - Juni 2000

Charlot, B.; Figeat, M. *Histoire de la formation des ouvriers* (1789-1984). Paris: Minerve, 1985

Charmasson, T.; Lelorrain, A.M.; Ripa, Y. *L'enseignement technique de la Révolution à nos jours*. Paris: INRP-Economica, 1987

Eckert, H.; Veneau, P. Le rapprochement de l'école et de l'entreprise dans l'enseignement technique, sur les limites d'une rationalisation volontariste. *Revue Française de Pédagogie*, Nr. 131, April - Mai - Juni 2001

Legoux, Y. *Du compagnon au technicien* (l'école Diderot et l'évolution des qualifications), 1873-1972, Technique et vulgarisation, 1972

Moreau, G. (Hrsg.): *Les patrons, l'Etat et la formation des jeunes*. La Dispute, 2002

Pelpel, P.; Troger, V. *Histoire de l'Enseignement technique*. Paris: L'Harmattan, 2001

Troger, V. (Hrsg.): La formation des enseignants dans l'enseignement professionnel depuis 1945 : les contradictions d'une pratique pionnière. In Bourdoncle und Demailly: *Les professions de l'éducation et de la formation*, September, 1998

Troger, V. Du centre d'apprentissage au lycée professionnel: enjeux et tensions de la scolarisation de la formation professionnelle depuis 1945. *Carrefour de l'éducation*, Nr. 2, Juli - Dezember 1996

Troger, V. (Hrsg.): L'identité perdue des enseignements techniques et professionnels. In: *Les patrons, l'Etat et la formation des jeunes*. Moreau, G., La Dispute: 2002

Schlüsselwörter

Vocational training,
training institution,
training policy,
education system,
industry,
educational policy